

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Reinhold Einwallner

Genossinnen und Genossen

**betreffend Kindern aus den griechischen Flüchtlingslagern Schutz und Hoffnung geben**

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über das Volksbegehren (345 d.B.) "Asyl europagerecht umsetzen" (636 d.B.)

In den vergangenen Jahren ist es nicht gelungen, einen zufriedenstellenden Umgang mit der Flüchtlingskrise in Europa zu finden. Die österreichische Bundesregierung, die dringend einen aktiven Beitrag dazu leisten sollte, hat hier bisher keinen Erfolg aufzuweisen.

Die verheerenden Zustände im griechischen Flüchtlingslager Kara Tepe (damals Moria) erschüttern nach wie vor die Weltöffentlichkeit und rufen die Dringlichkeit des Problems nochmals deutlich vor Augen. Moria war eine Schande, Kara Tepe ist um nichts besser und offenbart die Feigheit und Kleingeistigkeit einiger europäischer Regierungen, Kinder in Elend zurückzulassen, statt für rasche Hilfe und Lösungen zu sorgen.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen schrieb am 10. September 2020 auf Facebook: „Unser Europa sollte ein Kontinent des Friedens und der Menschenrechte sein. Es ist erschütternd, dass in diesem, unserem gemeinsamen Europa, tausende Menschen, gestrandet auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Folter, jahrelang in menschenunwürdigen Bedingungen hausen müssen. Jetzt haben sie auch dieses „Obdach“ verloren. Österreich hat eine lange und große Tradition, Menschen in Not zu helfen. Die Österreicherinnen und Österreicher waren immer bereit, jenen unter die Arme zu greifen, die sich selbst nicht mehr helfen konnten. Geflüchtete Menschen in Moria und ganz besonders die Kinder ohne Eltern brauchen jetzt unsere Hilfe. Europa und Österreich hat, da bin ich zuversichtlich, die Größe und die

Menschlichkeit jetzt das Richtige zu tun. Es sind genau jene Momente, die wir jetzt erleben, die uns zeigen in welchem Europa wir leben.“

In Österreich hat es quer über die Parteigrenzen hinweg Angebote von BürgermeisterInnen von Städten und Gemeinden gegeben, Kinder aufzunehmen. Da es ein Gebot von Menschlichkeit und Anstand ist zu helfen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachfolgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, gemeinsam mit Griechenland und den anderen Mitgliedstaaten der EU die erforderlichen Schritte zu setzen, die eine menschenwürdige Unterbringung der AsylwerberInnen auf den griechischen Inseln und rasche humanitäre Hilfe sicherstellen.

In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung ersucht, die Aufnahme von Kindern und minderjährigen Jugendlichen aus den griechischen Flüchtlingslagern als humanitäre Notmaßnahme zu ermöglichen und dies mit den europäischen PartnerInnen zu koordinieren. Die Bundesregierung kann sich dabei auf die Aufnahmebereitschaft und Initiativen zahlreicher Bundesländer, Städte und Gemeinden stützen.“

W. Kons (Kons)  
Yilmaz (YILDIRIM)  
Adelheid Hochleitner (HOCHLEITNER)  
Barbara Rohrbach (BAYR)  
Ewald Einwallner (EINWALLNER)

